

Selbstorganisation und Empowerment

Im Ankommensprozess von Geflüchteten spielt Selbstorganisation eine maßgebliche Rolle. In einem Kontext, in dem vieles neu und die Zukunft erst einmal unbestimmt ist, und in dem sich die Betroffenen aufgrund der eigenen Fluchtbiografien und ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation häufig in einer äußerst prekären Ausgangslage befinden, ist gegenseitige Unterstützung und Vernetzung notwendig, um die Schwierigkeiten des Alltags zu meistern und die Wiederaneignung eines selbstbestimmten Lebens voranzutreiben. Auch bestehende strukturelle Diskriminierungen und Barrieren können mithilfe von Selbstorganisation zumindest abgemildert werden. Meist findet Selbstorganisation auf der alltagspraktischen Ebene, im Kleinen, statt und ist nach außen hin wenig sichtbar. Größeres Augenmerk hat Selbstorganisation bei politischen Kämpfen von Geflüchtetenorganisationen und Initiativen erfahren, in denen es um gesellschaftliche Teilhabe, Bewegungsfreiheit und ein würdevolles Leben in Deutschland geht. Der 2012 von Würzburg ausgehende *Refugee Protest March* und die anschließenden politischen Aktionen in Form von Demonstrationen, Hungerstreiks und Besetzungen in Berlin und anderen deutschen Städten waren Ausdruck einer neuen politischen Qualität der Bewegung und sorgten für eine Bewusstseinsverschiebung in der deutschen Öffentlichkeit. Dabei ist die politische Selbstorganisation von Geflüchteten kein neues Phänomen: Seit mehr als 20 Jahren setzt sich die Geflüchtetenorganisation *The Voice Refugee Forum* aktiv für Geflüchtete ein, versucht öffentlichen Druck auszuüben und beteiligt sich in zahlreichen politischen Netzwerken, wie beispielsweise der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen*. Die Initiative *Women in Exile & Friends* engagiert sich seit 2002 gezielt für Frauenrechte.

Der Versuch selbstorganisiert, das heißt möglichst unabhängig, hierarchiefrei und nach dem Konsensprinzip zu agieren, bringt zahlreiche Herausforderungen mit sich. Politisches Engagement ist nicht selbstverständlich, wenn das eigene Alltagsleben nicht abgesichert ist, keine Dokumente vorhanden sind oder die Muttersprache eine andere als Deutsch ist. Gerade in der Zusammenarbeit mit Unterstützer_innen und Freiwilligen tauchen außerdem Fragen von Macht, Rassismus und Privilegien hinsichtlich Sprache, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Zugang zu lokalem Wissen, wie etwa der Vereinskultur, auf, die sich nicht ohne weiteres auflösen lassen. Nicht selten werden trotz bester Absichten Machtverhältnisse reproduziert, Geflüchtete funktionalisiert oder instrumentalisiert. Selbstorganisation birgt zudem die

Gefahr der Überlastung, wenn ein Weg gewählt wird, der völlig dezentralisierte, autonome Strukturen und Unabhängigkeit voraussetzt.

Empowerment und Selbstorganisation bringen vielfältige Potenziale mit sich. Die Stärke der hier vorgestellten Projekte liegt darin, dass sie einen Ansatz verfolgen, der von den Bedürfnissen der beteiligten Personen ausgeht, diese aktiv einbindet und sie befähigt, ihre Interessen eigenständig zu verfolgen. Selbstorganisation erlaubt es den Beteiligten, sich als aktiv handelnde Subjekte und nicht als passive Hilfsbedürftige zu begreifen. Sie zielt darauf ab, die eigenen Lebensumstände selbstbestimmt zu gestalten und für sich selbst zu sprechen und trägt damit dazu bei, das Recht auf Selbst- und Mitbestimmung auch nach außen sichtbar zu werden zu lassen. Die ausgewählten Projekte decken ein weites Spektrum ab. Auf der einen Seite finden sich Projekte, wie die selbstverwalteten Internetcafés, mit denen Grundbedürfnisse befriedigt werden. Projekte der Kultur- und Medienarbeit zielen darauf ab, sich Gehör zu verschaffen, sich einzumischen und erwünschte Veränderungen in eigener Regie zu bewirken. Projekte in den Bereichen politische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit ermutigen Geflüchtete, aktiv für ihre Rechte einzutreten und darüber Einfluss auf die politische Agenda zu nehmen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei marginalisierten Themen, wie etwa der Integration von Frauen- und Genderfragen in das Flüchtlingsrecht.

Die vorgestellten Projekte leisten so einen wichtigen Beitrag zur Ermöglichung selbstbestimmten Handelns und aktiver gesellschaftlicher Teilhabe. Es gelingt ihnen, Räume der Mitbestimmung zu schaffen, Kontakte zwischen Geflüchteten herzustellen und das Zusammenkommen von Menschen mit und ohne Fluchtbezug zu ermöglichen. Dabei geht es nicht zuletzt um das gemeinsame Aushandeln gesellschaftlicher Fragen. Den Anfang bildet dabei meist das Ausloten der Organisationsstrukturen im eigenen Engagement.

Stop Deportation Group Berlin/Brandenburg

Eine Gruppe von *Refugee*-Aktivist_innen hat sich zusammengefunden, um von Abschiebung bedrohte Geflüchtete zu unterstützen und die Abschiebungspolitik in Deutschland durch Demonstrationen und politische Aktionen öffentlich zu thematisieren.

Ort: Berlin/Brandenburg

Gründung: 2013

Mitarbeitende: Aktive: 10, Netzwerk: 30

Finanzierung: keine

Website: www.facebook.com/stopdeportationgroup

Marlene Rudloff

Eine wenig öffentlich gemachte, aber wesentliche Komponente der Flüchtlings- und Asylpolitik ist die Rückführung abgelehnter Asylbewerber_innen. Infolge der Asylrechtsverschärfung der letzten Jahre sind Abschiebungen aus Deutschland heute kaum Grenzen gesetzt. Die Zahl der Abschiebungen ist im ersten Halbjahr 2016 deutlich gestiegen und die Förderung der sogenannten *Freiwilligen Rückkehr* hat in den letzten Jahren rasant an Bedeutung gewonnen. Besonders für Familien und Menschen, die nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland abgeschoben werden sollen, ist die Situation äußerst problematisch. Die Flüchtlingsräte der Bundesländer sowie verschiedene Geflüchteten- und Menschenrechtsorganisationen wie *Pro Asyl*, *Amnesty International* oder *Terre des hommes* kritisieren die Abschiebungspraxis als inhuman und stufen die jüngsten Entwicklungen, und insbesondere die Abschiebung in Kriegsgebiete wie Afghanistan, als völkerrechtswidrig ein. Die Geflüchteteninitiative *Stop Deportation Group Berlin/Brandenburg* verleiht dieser Kritik durch ihre politische Arbeit in Form von Aktionen, Demonstrationen und Kampagnen auf lokaler Ebene Ausdruck und leistet elementare Unterstützungsarbeit für Personen, die abgeschoben werden sollen.

Ausgangspunkt des politischen Engagements bildete im April 2013 der Protest einer Gruppe von 25 Geflüchteten aus Pakistan, Tschetschenien, Somalia, Mali, Kamerun und Ghana, die sich organisierten, um die eigene Situation im Erstaufnahmezentrum und Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt zu verändern und etwas gegen die Missstände vor Ort zu unternehmen. Eisenhüttenstadt war im Mai 2013 durch den Suizid eines Geflüchteten und mehrere Hungerstreiks im weiteren Verlauf des Jahres in die Presse gekommen. Als eine Person aus der Gruppe abgeschoben werden sollte, entschied man sich, politisch aktiv zu werden und das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Einer der Aktivist_innen und Initiator_innen, der selbst jahrelang von einer Ab-

schiebung nach Ungarn bedroht war, beschreibt seine Motivation folgendermaßen: »We had to do something, to fight for our rights. Deportation is not a free choice. The way it works is inhuman. We are treated like busses. We are sent from one country to another. You can say, ›This bus should go to Hungary, that one goes to Italy‹. But we are humans, we are not busses.«

Am 3. Juni 2013 fand die erste von der Initiative ausgehende Demonstration in Eisenhüttenstadt statt, es folgten weitere Demonstrationen in Berlin und politische Aktionen auf den Berliner Flughäfen. Neben dem Protest gegen die Abschiebungen waren die Zustände in Eisenhüttenstadt ein Thema. Kritisiert wurde die mangelhafte medizinische Versorgung, der fehlende Zugang zu Beratungsangeboten, die hygienischen Bedingungen und die äußerst beengte Unterbringung ohne jede Privatsphäre (vgl. Info-Heft *Flucht und Asyl*. Flüchtlingsrat Brandenburg 2015). Die Gruppe begann damit, ein Netzwerk von Anwält_innen aufzubauen und Kontakte zu anderen Unterkünften in Brandenburg herzustellen. Umfassende Unterstützung erhielt die Initiative seitens verschiedener Vereine und antirassistischer Gruppen wie der *Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen (KuB)*, *FelS* und *Lager Watch Eisenhüttenstadt*, die bereits zuvor in dem Bereich tätig waren.

Eines der großen Anliegen der Gruppe war es von Beginn an, Unterstützung insbesondere in den ländlichen, gesellschaftlich isolierteren Gebieten zu leisten. Um von Abschiebung bedrohten Menschen dort zu helfen, wurden Kontakte zu entsprechenden Anwält_innen hergestellt, Gelder für deren Bezahlung gesammelt und Fälle dokumentiert. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit richtete sich der Fokus auf die ländlichen Gebiete: Im August 2014 fand gemeinsam mit antirassistischen Bündnissen und der Initiative *Refugee Report* eine Fahrradtour-Kampagne entlang verschiedener Unterkünfte statt, von Bad Belzig über Beelitz, Potsdam, Teltow, Berlin, Fürstenwalde, Frankfurt (Oder) bis nach Eisenhüttenstadt, wo im Anschluss das *Stop Deportation Camp* mit Workshops und Vorträgen durchgeführt wurde. Das Ziel war es, auf die prekäre Unterbringungssituation, die eingeschränkten Rechte von Geflüchteten und die intransparente Abschiebep Praxis aufmerksam zu machen und die Bewohner_innen der Unterkünfte zu informieren.

Ende 2014 verlagerte sich der Schwerpunkt zunehmend auf Berlin. In der Hauptstadt findet sich zum einen ein großes Unterstützungsnetzwerk, zum anderen werden die Abschiebeflüge von Berliner Flughäfen aus durchgeführt. Durch politische Aktionen und Unterstützerkreise konnten einige Abschiebungen verhindert werden. Inhaltlich zeichnete sich allmählich ebenfalls eine Verschiebung ab und die Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit nahm an Bedeutung zu. Gemeinsam mit *Lager Watch Eisenhüttenstadt* arbeitet die Gruppe an einer Dokumentation von Abschiebungsfällen in Eisenhüttenstadt. Darüber hinaus beteiligt sich die Initiative seit Mai 2014 an der Organisation des *Freedom March* von Berlin nach Brüssel, der zum Ziel hat, die Nichteinhaltung

von Menschenrechten in Bezug auf Geflüchtete publik zu machen. Auch das Feld der konkreten Unterstützung hat sich erweitert: So geht es heute vor allem darum, die Menschen in den Unterkünften miteinander zu vernetzen, Selbstorganisation der Newcomer_innen zu fördern und sie darin zu bestärken, für die eigenen Rechte einzutreten und politisch aktiv zu werden. Die Gruppe bemüht sich außerdem darum, den Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung für Geflüchtete in den Unterkünften in Brandenburg zu verbessern und unterstützt bei Schulanmeldungen und Behördengängen.

In den letzten zwei Jahren hat sich ein relativ stabiler Kern von zehn Personen herauskristallisiert, darunter einige Deutsche. Mehrere Arbeitsgruppen haben sich gebildet und ein großes Unterstützungsnetzwerk ist entstanden. Die Initiative ist Teil des politischen Netzwerks *Oplatz.net*, dass im April 2016 ein Info-Comic zum Thema Abschiebung herausgebracht hat.

Die größte Schwierigkeit besteht derzeit darin, Menschen für die politische Arbeit zu gewinnen. Personen, deren aufenthaltsrechtliche Situation nicht geklärt ist, haben oft Angst vor den möglichen Folgen eines politischen Engagements; Personen, die politisch aktiv waren und denen schließlich ein sicherer Aufenthaltsstatus zuerkannt wurde, ziehen sich tendenziell aus der politischen Arbeit zurück, um nach der jahrelangen Unsicherheit endlich ein »normales« Leben zu führen, ein reguläres Arbeitsverhältnis aufzunehmen und eigenes Geld zu verdienen. Davon abgesehen ist es für Menschen ohne Papiere oder ohne Sprachkenntnisse schwer, aktiv mitzuwirken, da es für diese Personengruppe grundsätzlich unmöglich ist, Demonstrationen anzumelden, rechtswirksame Unterschriften zu leisten oder Verhandlungen mit politischen Vertreter_innen zu führen. Die Aktivist_innen sind daher der Meinung, dass Unterstützung von außen auch für selbstorganisierte Gruppen wichtig ist: »We always say, refugees should be running the thing, but it is actually very hard to get people into the group. We need support from the German civil society.«

Ein weiteres Problem ist das der Selbstausbeutung und Überlastung, da allzu oft ein großer Teil der Arbeit von wenigen Personen bewältigt werden muss. Davon sind nicht zuletzt auch die Anwalt_innen betroffen. Schließlich handelt es sich bei den Aktivist_innen sowie der *Refugee*-Bewegung allgemein um eine sehr heterogene Gruppe und trotz großer Solidarität untereinander kommt es aufgrund unterschiedlicher Zielvorstellungen und Interessenlagen nicht selten zu Uneinigkeit hinsichtlich der politischen Forderungen: Während es einigen Gruppen explizit darum geht, die Lebenssituation von Menschen ohne Papiere in Deutschland zu verbessern, möchten sich andere eher für einen verbesserten Familiennachzug einsetzen.

In Berlin ist die *Stop Deportation Group* heute an verschiedenen Projekten beteiligt, veranstaltet beispielsweise Kochevents von Geflüchteten für Geflüchtete, organisiert *Küfas* (*Küche für Alle*) und ein Chorprojekt. Während des Ramadan wurde für 30 bis 40 Menschen, die in den Unterkünften leben, ge-

kocht. Gemeinsam mit weiteren Initiativen und Anwohner_innen aus Berlin-Neukölln wurde im Jahr 2014 zudem ein Willkommensfestival auf den Wiesen des Tempelhofer Feldes ins Leben gerufen.

Seit November 2016 besitzt die Initiative den Vereinsstatus. Durch ihr politisches Engagement und Empowerment stärkt die *Stop Deportation Group Berlin/Brandenburg* die politische Handlungsmacht von Geflüchteten und leistet einen wichtigen Beitrag zum Recht auf Selbstbestimmung. Gemeinsam mit einem Netzwerk von Unterstützungsgruppen und anderen politischen Gruppen zielen sie darauf ab, Kräfte zu bündeln, um solidarisch und vereint die Hürden abzubauen, die Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland die politische Teilhabe und die Gewährung der Menschenrechte versagen.

iwspace – International Women’s Space Berlin

Um auf die ausgesprochen prekäre Situation von geflüchteten Frauen aufmerksam zu machen, hat sich 2012 die feministische, Berlin-basierte Initiative gegründet und leistet seitdem grundlegende Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit in ganz Deutschland.

Ort: Berlin

Gründung: November 2012

Mitarbeitende: circa 10 Ehrenamtliche

Finanzierung: Spenden, *Mama Cash Foundation*

Website: <https://iwspace.wordpress.com>

Marlene Rudloff

Angaben von *Terre des Femmes* zufolge sind mindestens die Hälfte der weltweit fliehenden Menschen Mädchen und Frauen (vgl. *Terre des Femmes* 2016). Auf das aus asylrechtlicher Perspektive abgeschottete Territorium der Europäischen Union schaffen es jedoch größtenteils Männer. Die Situation der meisten Frauen ist besonders prekär: Neben Gründen wie politischer oder religiöser Gewalt und Verfolgung fliehen sie oft auch aus Verhältnissen häuslicher Gewalt, suchen Schutz vor dem Partner, der Familie, vor Zwangsverheiratungen, Genitalverstümmelungen oder ähnlichem. Zwar gelten schwangere und alleinerziehende Frauen mit Kindern in der Europäischen Union seit 2013 als besonders schutzbedürftig, sexuelle Gewalt, Verfolgung aufgrund des zugewiesenen Geschlechts und sexueller Orientierung stellen jedoch bis heute keine anerkannten Fluchtgründe im internationalen Flüchtlingsrecht dar.

Um jenen Frauen, die es nach Europa geschafft haben und oftmals völlig auf sich gestellt sind, Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen, sie zu unterstützen und zu empowern, hat sich 2012 in Berlin die politische Initiative *International Women’s Space* (*iwspace*) gegründet, eine Gruppe von Feminist_innen mit und ohne Flucht- und Migrationserfahrungen. Ihr Anliegen ist es, Geschichten zu dokumentieren und frauenspezifische Fluchtgründe und Bedürfnisse zu thematisieren. Die Gruppe geht auf die Besetzung der ehemaligen *Gerhart-Hauptmann-Schule* durch Geflüchtete zurück. Seinerzeit wurde ein Seitenflügel der 2. Etage des Gebäudes durch Frauen eingenommen und explizit als Schutzraum für die in der Schule wohnenden Frauen eingerichtet (*Women*Space*). Dort begann sich die Gruppe mit dem Ziel zu organisieren, sich über die Ankommens- und Lebenssituation in Deutschland und über die Konfrontation mit Vorurteilen, Rassismus, vielfältigen Diskriminierungen und sexistischen Übergriffen auszutauschen. Auch ging es darum, sich gegenseitig beim Erlernen einer neuen Sprache und dem Zurechtfinden in

Deutschland zu unterstützen und zu stärken. Die politische Arbeit war von Beginn an ein großes Anliegen, konnte jedoch in der *Gerhart-Hauptmann-Schule* nur begrenzt verfolgt werden, weil damals die Erfüllung von Grundbedürfnissen im Vordergrund stand. Somit war es wichtig, eine gute Balance zwischen den alltäglichen Notwendigkeiten und dem Bedürfnis nach politischer Arbeit, Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu finden. Zudem bedurfte es zunächst eines intensiven Klärungsprozesses über das Selbstverständnis als feministische Gruppe in einer derart pluralistischen und kosmopolitischen Konstellation. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Perspektiven, Privilegien und Machtpositionen wurden Erwartungen und Bedürfnisse ausgelotet und gemeinsame Interessen diskutiert. Schwierig war auch, dass sich die feministische Gruppe von Beginn an mit Anfeindungen inner- und außerhalb der Schule auseinandersetzen musste.

Nach der Räumung der besetzten Schule im Juni 2014 richtete sich der Fokus der Gruppe vollends auf die Öffentlichkeits- und Dokumentationsarbeit. Ausgehend von dem Verständnis, dass auch das Private politisch ist, ging es insbesondere darum, Aufklärungsarbeit zu leisten und die prekären und gewalttätigen Verhältnisse, aus denen die Frauen häufig kommen und aus denen sie ausbrechen wollen, sichtbar zu machen. Heute setzt sich die politische Gruppe aus Frauen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen zusammen. Seit 2013 arbeitete der Kreis bereits an der Verschriftlichung von Geschichten. Daraus entstanden ist heute eine umfangreiche Publikation *In our own words* mit zwölf persönlichen *testimonies* und weiteren Texten, Dokumentations- und Fotomaterial, Gedichten und Liedern. Die Texte sind jeweils im Original sowie auf Deutsch und Englisch übersetzt abgedruckt.

Mittlerweile sind *International Women Space* und ihre Mitwirkenden deutschlandweit bekannt und gelten als wichtige Ansprechpartner_innen im Themenfeld um geflüchtete Frauen und Frauenrechte. Sie erhalten zahlreiche Anfragen und sind auf vielen Podien, Konferenzen, Tagungen und Workshops präsent. Daneben führen sie eigene Veranstaltungen wie Lesungen oder Filmabende durch. Aufgrund ihrer Offenheit verfügt die Initiative über ein breites und starkes Netzwerk. Eine feste Rollenverteilung gibt es nicht und alle beteiligten Frauen wirken mal mehr, mal weniger an der Öffentlichkeitsarbeit mit. Die politischen Forderungen von *iwspace* beziehen sich vor allem auf diskriminierende Aspekte von Politik und Praxis. Sie setzen sich für die Anerkennung von *gender persecution*, das heißt geschlechtsspezifischer Gründe im Asylrecht, und mehr dezentralen Wohnraum insbesondere für Frauen und Kinder ein. In ihrer Öffentlichkeitsarbeit zeigen sie auf, wie groß der Handlungsbedarf hinsichtlich der Unterbringung von Frauen ist: In zahlreichen Unterkünften sind Frauen in der Unterzahl und aufgrund fehlender Privatsphäre nicht vor sexuellen Übergriffen geschützt. Viele Unterkünfte entsprechen nicht den Standards, Qualitätskontrollen werden nicht flächendeckend durchgeführt.

Darüber hinaus beziehen bestehende Angebote der Geflüchtetenhilfe Frauen noch zu wenig ein.

Die größte Herausforderung und Chance zugleich besteht für die Gruppe in der Umsetzung von Selbstorganisation. So würde es die Gründung eines Vereins perspektivisch ermöglichen, eine oder gar mehrere Stellen zu finanzieren, die Arbeit weiter zu professionalisieren und darüber dauerhaft zu implementieren. »Andererseits könnten wir dann nicht mehr so arbeiten, wie wir es derzeit tun und wären permanent damit beschäftigt, Anträge zu schreiben«, so eine der Initiator_innen des Projekts. Derzeit finanziert sich das Projekt vor allem über Spenden und die *Mama Cash Foundation* aus den Niederlanden, die größtenteils Selbstorganisationen außerhalb Europas fördert, den *iwspace* jedoch als besonders unterstützenswert einordnet. Mit ihrer Arbeit leisten die Frauen von *iwspace* einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Frauen in ganz Deutschland, schaffen Räume der Begegnung und des Austauschs auf Augenhöhe, ermöglichen die Selbstermächtigung von Frauen und fordern dominante Wissensstrukturen heraus.

Refugees Emancipation

Der an Empowerment orientierte Verein setzt sich für die flächendeckende Internetanbindung von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ein. Mit selbstverwalteten Internetcafés schafft er Orte des Austauschs und der Selbstbestimmung.

Ort: Potsdam

Gründung: 2001

Mitarbeitende: 30 Vereinsmitglieder, Netzwerk: 40

Finanzierung: Spenden, z.T. öffentliche Gelder

Website: www.refugeesemancipation.com

Marlene Rudloff

Die alltägliche Verfügbarkeit eines Internetzugangs in deutschen Privathaushalten scheint im Informationszeitalter geradezu selbstverständlich. In zahlreichen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften mangelt es jedoch an dieser wertvollen Ressource, die für viele Asylsuchende Informationsquelle und Kontaktmedium zugleich ist.

Mit dem Vorhaben, Flüchtlingsunterkünfte mit einer kostenlosen Internetanbindung zu versorgen, füllt der im Jahr 2001 in Potsdam gegründete Verein *Refugees Emancipation* eine signifikante Leerstelle in der Unterstützung geflüchteter Menschen in Deutschland und widmet sich insbesondere den Orten, die nicht an ein Stadtzentrum angebunden sind. Im Raum Berlin-Brandenburg werden inzwischen neun Internetcafés von *Refugees Emancipation* betrieben. Die Besonderheit liegt darin, dass es sich um Internetcafés von Refugees für Refugees handelt. Das heißt, die Räume werden von Geflüchteten selbst verwaltet und sind dabei weitestgehend unabhängig von der Heimleitung. In den Fällen, in denen sich ein solches Café direkt auf dem Grundstück der Unterkunft befindet, schließt der Verein eine Kooperationsvereinbarung mit der jeweiligen Heimleitung. Diese dient als rechtliche Grundlage, in der die Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Das Prinzip der Selbstverwaltung ist nicht verhandelbar, das heißt, der Verein verfügt eigenständig über die Gestaltung, Ausstattung und Betreuung der Räume; Mietkosten werden zum Großteil über Spenden getragen. Über die Öffnungszeiten entscheiden die Beteiligten in Abstimmung mit der Heimleitung selbst. Betreut und koordiniert werden die Internetcafés von jeweils zwei ehrenamtlichen Geflüchteten, die auch die Schlüssel verwalten. Einmal im Monat treffen sich alle Koordinator_innen, um sich über aktuelle Entwicklungen, Bedarfe und Herausforderungen in den Cafés auszutauschen. Im Potsdamer Büro des Vereins arbeiten weite-

re Ehrenamtliche und leisten dort wichtige Kommunikations- und Organisationsarbeit.

Neben dem Internetangebot gibt es die Möglichkeit, an Computertrainings und Orientierungskursen teilzunehmen. In diesen werden Informationen zu örtlichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten weitergegeben und Kommunikationsfähigkeiten vermittelt. An einzelnen Standorten gibt es außerdem die Möglichkeit, Laptops, USB-Sticks und Ähnliches auszuleihen. Insbesondere für die Teilnahme an Online-Sprachkursen wird dieses Angebot gern genutzt. Auch Kindern wird unter durchgehender Aufsicht in einigen Cafés ein Computerzugang ermöglicht. Die Koordinator_innen müssen somit eine Vielzahl von anspruchsvollen Fähigkeiten in sich vereinen: Sie sind Systemadministrator_innen, Ansprechpartner_innen, Berater_innen, Sozialarbeiter_innen und Mediator_innen zugleich.

Ein Gleichgewicht zu finden zwischen Selbstorganisation und der Spirale der Selbstausbeutung, ist die wohl größte Herausforderung für den Verein. Die Anzahl der in Frage kommenden Koordinator_innen ist begrenzt, da nicht jede_r die notwendigen hohen sozialen und pädagogischen Kompetenzen, technisches Know-how und ein gewisses Vermittlungsgeschick mitbringt. Für Asylsuchende, die gerade angekommen sind oder sich in einer sehr unsicheren Lebenssituation befinden, sind diese Aufgaben praktisch ausgeschlossen, da eine gewisse Stabilität notwendig ist. Bislang ist außerdem weder die Erstattung der Fahrtkosten zu den Cafés noch eine angemessene Entlohnung der Koordinator_innen möglich.

Die prekäre Situation von geflüchteten Menschen in Deutschland bewog den Initiator des Projekts, Eben Chu, dazu, aktiv zu werden und selbst etwas zu verändern. Er kam als politischer Flüchtling nach Deutschland und weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig die Stärkung der Handlungsmacht und der Eigeninitiative der Newcomer_innen ist. Mit dem Anliegen, die Menschen direkt vor Ort, das heißt in den Unterkünften zu unterstützen, gründete er 2001 den Verein *Refugees Emancipation*. Im selben Jahr entstand in Potsdam das erste Internetcafé. Später folgten weitere Cafés in verschiedenen Unterkünften Brandenburgs, darunter in Prenzlau, Luckenwalde und Eisenhüttenstadt. Bei dem Aufbau der verschiedenen Standorte trifft der Verein auf unterschiedlichste Hürden. Sei es, dass Geflüchtete äußern, Angst vor der staatlichen Kontrolle und Überwachung ihrer Aktivitäten im Internet zu haben; oder dass wichtige rechtliche Fragen zu Leistungsanspruch und Zuständigkeiten weiterhin nicht geklärt sind, auch wenn die kürzlich eingeschränkte Störerhaftung einige Probleme abmildern konnte. Ein weiteres Hindernis besteht darin, dass Heimleitungen in langen Gesprächen von der Sinnhaftigkeit des Vorhabens überzeugt werden müssen, da sie Kontrollverlust oder Missbrauch des Internetzugangs befürchten.

Der Ansatz des Projekts, Empowermentarbeit direkt vor Ort und in zum Teil weit abgelegenen Unterkünften zu leisten, ist von besonderer Wichtigkeit, denn auch heute konzentrieren sich zahlreiche Angebote von Helferkreisen und Unterstützungsstrukturen auf den städtischen Raum. Es sei dringend notwendig, mehr Unterstützung vor Ort anzubieten und, noch wichtiger, mit den dort lebenden Menschen zusammen, das heißt bedürfnisorientiert zu arbeiten: »Nur im persönlichen Kontakt mit den Geflüchteten kann die erzwungene Isolation aufgebrochen und tatsächliches Empowerment nachhaltig gefördert werden«, so Eben Chu. Gerade im hochdynamischen Feld der digitalen Hilfen kommt es häufig vor, dass brillante Ideen fernab von den Betroffenen und damit an deren Bedürfnissen vorbei entwickelt werden. Das Ergebnis sind Projekte und Web-Angebote, von denen die Geflüchteten im schlimmsten Fall gar nicht erst erfahren. Tatsächliche und konkrete Partizipation der Newcomer_innen am Prozess lautet somit die Devise und die zugleich größte Forderung des Vereins. *Refugees Emancipation* trägt mit seiner Arbeit dazu bei, den Ohnmachtzustand, in dem sich viele Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland aufgrund der prekären Ausgangslage sowie der massiven strukturellen Diskriminierung befinden, aufzubrechen und sie in ihrem aktiven und selbstbestimmten Handeln zu unterstützen.

interaction Leipzig

interaction Leipzig ist ein selbstorganisierter Verein, der Begegnungen zwischen Geflüchteten und Alteingesessenen schafft. Über eine Online-Plattform können Interessierte verschiedene Ideen einbringen, sich vernetzen und Veranstaltungsformate, sogenannte *interactions*, entwickeln.

Ort: Leipzig

Gründung: 2014

Mitarbeitende: Vereinsmitglieder

Finanzierung: z.T. Projektgelder, Spenden

Website: www.interaction-leipzig.de

Katharina Loos

Ende 2014 erkannte eine Gruppe Engagierter, Geflüchteter und Künstler_innen eine große Bedarfslücke: In Leipzig gab es viele Geflüchtete, die Anknüpfungspunkte suchten. Gleichzeitig gab es viele Bürger_innen der Stadt, die sich engagieren wollten. Die Gruppe veröffentlichte einen Aufruf, um gemeinsam mit weiteren Interessierten Ansätze zum Zusammenbringen dieser beiden Seiten zu diskutieren. So entstand im Oktober 2015 der gemeinnützige Verein *interaction Leipzig* und rief eine Online-Plattform ins Leben, über die sich alle Beteiligten miteinander vernetzen und organisieren können.

Mithilfe der Plattform können Geflüchtete und die sogenannten Schondagewesenen Begegnungen, vom Verein *interactions* genannt, initiieren. Alle können über die Plattform ihre Ideen einbringen und sie gemeinsam mit anderen Interessierten und den Aktiven des Vereins in Form von Veranstaltungen oder Workshops umsetzen. Für jede dieser Interaktionen stellt sich somit ein neues Team zusammen – aus Initiator_innen, Interessierten oder auch aus Mitgliedern des Vereins selbst. *interaction Leipzig* nimmt dabei die Koordinationsrolle ein: »Wir wollten die Infrastruktur, die bereits da ist, aufgreifen. Es gibt ja schon vieles! Deswegen haben wir auch keine eigenen Veranstaltungsräume, sondern führen die Projekte immer in Kooperation mit jemandem durch, eben weil wir Begegnungen schaffen wollen. Wir sind relativ weit vernetzt«, berichtet Hanna Saur, eine der Mitarbeiter_innen des Vereins. Die Aktivitäten finden im Freizeit- und Kulturbereich statt, da hier einfach und schnell Begegnungen auf Augenhöhe stattfinden und sich viele Gelegenheiten zur Kommunikation ergeben. Die bei *interaction* gesammelten Erfahrungen und Kontakte sollen den Teilnehmer_innen die Möglichkeit eröffnen, sich auch über die *interactions* hinaus gesellschaftlich zu beteiligen. Dabei werden bestehende Infrastrukturen aufgegriffen und weiterentwickelt. Zusammenkünfte finden in der

Regel in Kooperation mit Kunst-, Kultur-, Sport- und Bildungsinstitutionen statt, etwa mit Fahrradwerkstätten, Gemeinschaftsgärten und Theatern. Aufgrund der unterschiedlichen Standorte der Einrichtungen und Organisationen wird die gesamte Stadt eingebunden.

Die Selbstorganisation und der damit verbundene Gedanke eines wechselseitigen Empowerments spiegeln sich auch in der egalitär organisierten Vereinsstruktur und im angegliederten Netzwerk wider. Beide bestehen aus Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationserfahrungen. Der Verein hat insgesamt 15 Mitglieder mit unterschiedlichen biografischen Hintergründen; darüber hinaus gibt es ein großes Netzwerk an Engagierten, die sich punktuell einbringen. Schlägt eine Person ein neues Projekt vor, kann sie auf die Unterstützung durch Vereinsmitglieder zurückgreifen. Letztere begleiten die Konzeption und stehen für Fragen zur Verfügung. Andere Vereinsmitglieder sind für die Auswertung der *interactions* zuständig, dokumentieren die durchgeführten Aktivitäten oder kümmern sich um die finanziellen Aspekte der Vereinsarbeit. Dabei besteht der Anspruch, dass nicht *für* Geflüchtete gearbeitet wird, also keine Projekte für Geflüchtete entworfen werden, die teilweise an deren Bedürfnissen vorbeigehen. Vielmehr sollen die Angebote einen wechselseitigen Charakter haben und zum eigenen aktiven Handeln ermächtigen: Ziel ist ein gegenseitiges Empowerment von Menschen mit und ohne Fluchtbiografie. Kontaktbarrieren sollen so abgebaut und den häufig auftretenden Opfer-Helfer-Rollen entgegengewirkt werden. Angebote direkter Hilfe, etwa die Unterstützung bei Behördengängen, übernimmt *interaction Leipzig* nur in Notfällen. Vielmehr ermöglicht der Verein den Zugang zu nötigen sozialen Netzwerken mit dem Ziel der Selbstorganisation oder vermittelt an Kooperationspartner_innen. Ein weiteres Anliegen, dass der Verein mit dieser Arbeit vorantreiben möchte, ist die diversitätsbewusste Öffnung bestehender Angebote.

Aus der Heterogenität der Beteiligten ergibt sich eine große Vielfalt an Ideen und Projekten. Um eine Plattform zu schaffen, in der sich alle Beteiligten über verschiedene Sprachen und Hintergründe gleichberechtigt engagieren können, arbeitet der Verein flexibel und passt seine Arbeit an die einzelnen Vorhaben an. In interkulturellen Teams werden die Ziele und Methoden diskutiert und kontinuierlich evaluiert. Die Vernetzung und Weiterentwicklung ist ein ständiger Prozess. Regelmäßig kommen Einzelpersonen auf *interaction Leipzig* zu: Einer syrischen Grundschullehrerin wurde ermöglicht, die Leitung eines Projekts mit Kindern zu übernehmen. Auch Institutionen und Initiativen nehmen die Angebote des Vereins zunehmend wahr. Im Sinne der Selbstorganisation ist der Verein zu Beginn von *interactions* meist stärker eingebunden, arbeitet aber langfristig darauf hin, dass sich die Angebote verselbstständigen. Um Projekte und Vorhaben publik zu machen, steht *interaction Leipzig* in engem Kontakt zu Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Mehrsprachige

Flyer werden verteilt, Interessierte regelmäßig persönlich eingeladen. Über das bestehende Netzwerk werden auch viele dezentral wohnende Geflüchtete erreicht. Zudem werden Newsletter und ein Facebook-Auftritt als Kommunikationsmittel verwendet.

Ein schwieriges Feld bleibt die Finanzierung: Oft werden zeitlich begrenzte Projektförderungen vergeben, die bereits vor dem Start der Vorhaben die Benennung konkreter Ergebnisse verlangen. Zudem stehen öffentliche Gelder selten so kurzfristig zur Verfügung, wie sie nötig wären. Diese beiden Punkte stehen der dynamischen Arbeitsweise von *interaction Leipzig* im Weg und erschweren die Arbeit. Nach langen Bemühungen bezahlt die Stadt nun zwei Teilzeitstellen. Zusätzlich werden diese in Zukunft von einem jungen Menschen im Bundesfreiwilligendienst unterstützt. Die rechtliche Situation stellt das Projekt vor weitere Hürden. Die strukturellen Benachteiligungen von Geflüchteten aufgrund rechtlicher und bürokratischer Vorgaben führen neben der zeitlichen Auslastung zu großen Unsicherheiten, nicht zuletzt im Hinblick auf die langfristigen Lebensperspektiven. Die Suche nach Anknüpfungspunkten wird durch die prekäre Unterbringungssituation ungemein erschwert. Nicht alle Personengruppen erhalten die Möglichkeit, kostenlos Sprachkurse zu besuchen. Hinzu kommt, dass die verschiedenen Arbeitsfelder und das ehrenamtliche Engagement im Kontext von Flucht und Asyl in Leipzig nach wie vor nicht gut koordiniert sind. Viele Arbeiten werden doppelt gemacht, es mangelt an einer umfassenden Vernetzung.

Dass *interaction Leipzig* ein Verein ist, der gute und wichtige Arbeit leistet, lässt sich sowohl am Medienecho als auch an den positiven Reaktionen der Teilnehmenden ablesen. Besonderes Lob bekommt der Verein von Geflüchteten. Ashraf Bassam Jabal, im Verein unter anderem für die Koordination von Kochveranstaltungen zuständig, berichtet: »Von Flüchtlingen bekomme ich viele positive Rückmeldungen. Wir schaffen Begegnungen und bieten die Möglichkeit, in der Gesellschaft anzukommen.«

Refugee Radio Network

Das Refugee Radio Network gibt Geflüchteten eine Stimme und baut dabei eine Brücke zwischen ihnen und der Aufnahmegesellschaft.

Ort: Hamburg
Gründung: 2014
Mitarbeitende: 15 Teammitglieder
Finanzierung: Crowdfunding, Spenden
Website: www.refugeeradionetwerk.net

Anne Eilert

Das *Refugee Radio Network (RRN)* ist ein Ende 2014 in Hamburg gegründetes internetbasiertes Gemeinschaftsradioprogramm, das sich sowohl an geflüchtete Zuhörer_innen als auch an Hörer_innen aus den Aufnahmegesellschaften richtet. Mit verschiedenen Sendungen, die zum Großteil in der Hamburger Redaktion gestaltet werden, sollen aktuelle Beiträge und persönliche Perspektiven von Geflüchteten nicht nur deutschlandweit, sondern in ganz Europa, Nahost und Afrika ausgestrahlt werden. Momentan gibt es neben Hamburg auch Radiostationen in Berlin, Marburg, Stuttgart, Schwäbisch Hall und Wien, die einzelne Sendungen des *RRN* in ihrem Programm haben. Eine weitere Radiostation ist ab Januar 2017 in Neapel geplant. Kooperationen bestehen bereits mit fast 20 weiteren Radiostationen in ganz Europa. Wie in Hamburg mit dem *Freien Sender Kombinat* haben sich auch in den anderen Städten unabhängige Radiosender bereit erklärt, mit dem *RRN* zusammenzuarbeiten und dessen Sendungen in das eigene Programm zu integrieren. Anfragen von staatlichen Medien treffen auch immer wieder beim *RRN* ein, jedoch habe sich daraus bisher noch keine ernsthafte Kooperation ergeben, so Larry Macaulay, einer der Gründer und heutiger Chefredakteur.

Eine buntgemischte Gruppe von rund 15 ehrenamtlichen Mitgestalter_innen gehört dem *RRN* in Hamburg an. Macaulay bezeichnet die Gruppe als vielseitig talentiert und kreativ, was sich im Programm des *RRN* widerspiegelt. Drei Themenbereiche werden in den Sendungen vorrangig aufgegriffen: Flucht und Migration, Gesundheit und Bildung sowie Armutsbekämpfung. Angefangen hatte alles mit einem Theaterprojekt, doch schnell entwickelten sich neue Ideen, so auch die, das Radio als Medium zu nutzen. Hierdurch erhofft man sich, mehr Menschen in den Aufnahmegesellschaften zu erreichen, besonders jene, die bisher wenig mit dem Thema Migration in Berührung gekommen sind. Um über die gesendeten Inhalte Diskussionen anzuregen und in einen Dialog zu den Zuhörer_innen zu kommen, werden

diese eingeladen, sich über offene Telefonleitungen und soziale Medien zu beteiligen.

Neben aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen und Diskussionen greifen die Sendungen des *RRN* regelmäßig die vielfältigen Geschichten und Perspektiven geflüchteter Menschen auf. Denn obwohl diese Geschichten existieren, werden sie in der europäischen Öffentlichkeit oft nicht wahrgenommen und angehört. Das *Refugee Radio Network* bietet Geflüchteten und ihren Erfahrungen eine Plattform. Dabei ist es den Berichtenden selbst überlassen, in welcher Sprache sie ihre Erlebnisse und Sichtweise schildern – das multilinguale Team kann gegebenenfalls ins Englische und andere europäische Sprachen übersetzen. Begleitet werden die unterschiedlichen Reportagen und Interviews mit Musik aus aller Welt und vor allem auch aus den Heimatländern der Mitgestalter_innen.

Zusätzlich zu der Gestaltung des Radioprogramms und dem Gewinnen neuer Netzwerkpartner_innen geht es dem *RRN* auch darum, politische Diskussionen anzuregen und in der Öffentlichkeit präsent zu sein; ein Beispiel dafür ist *The Refugee Voices Show* in der Hamburger Kunstfabrik Kampnagel. Diese findet regelmäßig statt und bezeichnet das eigene Programm als Mischung aus politischem Talk, Comedy, Facts and Fiction, Musik und Infotainment. Auch das *Migrant Politan Solicasino*, ein während des Internationalen Sommerfestes auf Kampnagel geöffnetes Kasino, dessen Erlöse an die Lampe-dusa-Gruppe in Hamburg gehen, wurde maßgeblich durch das *RRN* initiiert.

Viele Mitgestalter_innen des *RRN* verstehen ihre Arbeit als eine Form von politischem Aktivismus und damit als Kampf für die Menschenrechte. Mittlerweile sind sie auf zahlreichen Tagungen, Konferenzen und Workshops vertreten und begreifen sich als Mitglieder eines europaweit organisierten Geflüchtetennetzwerks. Die vielfältigen Eindrücke und Gespräche im Rahmen dieses Engagements werden aufgezeichnet, in den einzelnen Radiosendungen vorgestellt und diskutiert. Im Vergleich zu Medien des kommerzialisierten Mainstreams hat der politische Anspruch und die Unabhängigkeit als freier Radiosender beim *RRN* einen hohen Stellenwert.

Getragen wird das Projekt unter anderem durch die Unterstützung des *Freien Sender Kombinars*, welches ihnen das Studio im Hamburger Schanzenviertel und andere Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Über eine Crowdfunding-Kampagne wurden im Sommer 2016 8.000 Euro für unterschiedliche Ausgaben des *RRN* gesammelt. Spenden nimmt das *RRN* normalerweise nur in Form von Sachspenden an, um sich auch in dieser Hinsicht eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren. Alle Mitgestalter_innen arbeiten auf ehrenamtlicher Basis und gehen nebenbei noch weiteren Tätigkeiten nach, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Zukünftig, so Chefredakteur Larry Macaulay, müssen in ganz Europa Gesellschaft und Politik den Stimmen, Meinungen und Vorstellungen von Geflüchteten viel mehr Raum geben. Nicht über sie,

sondern mit ihnen sprechen, das sei entscheidend. Das *RRN* verschafft sich Gehör, um mehr Menschen mit dieser Nachricht zu erreichen, denn »verlässliche Informationen sind für das Überleben einer Gemeinschaft fast so wichtig wie sauberes Wasser«, beschreibt das Netzwerk seine Motivation. Das Mikrofon an Geflüchtete weiterzureichen und damit ihre Stimme hörbar zu machen, ist daher nur logische Konsequenz dieser Haltung.

Club Al-Hakawati

Geflüchtete teilen in einem selbstorganisierten Theaterprojekt Geschichten mit Gleichgesinnten und Publikum. Eine familiäre Atmosphäre gibt Rückhalt und Stärke.

Ort: Berlin

Gründung: 2013

Mitarbeitende: 1 Hauptamtlicher und Ensemble

Finanzierung: Spenden, Förderungen

Website: www.clubalhakawati.com/#!/home

Alexander Pepler

Bei den wöchentlichen Proben des *Club Al-Hakawati* (*Al-Hakawati*: syrisch-arabischer Ausdruck für Dichter, Schauspieler, Komödiant, Geschichtenerzähler) entsteht in den Räumlichkeiten des *JugendtheaterBüros* in der Wickefstraße in Berlin-Moabit eine energetische Dynamik. Künstler_innen mit und ohne Fluchterfahrung lernen von- und miteinander, während sie sich das nächste Stück erarbeiten. Im Vordergrund der wöchentlichen Treffen steht die politische Theaterarbeit. Das ausgesprochene Ziel ist dabei, Solidarität im Publikum zu erzeugen, kein Mitleid. Ihr letztes Theaterstück *Letters Home* beispielsweise hält der deutschen Mehrheitsgesellschaft den Spiegel vor, wenn etwa eine Geflüchtete ihre Hand nach Freundschaft ausstreckt und lediglich Kleiderspenden bekommt. Die Geflüchteten nehmen sich laut ihres Manifests die »Stimme, die ihnen keiner gibt«, um Bleiberecht, Mitsprache und gesellschaftliche Teilhabe einzufordern. Dabei bietet ihnen die Bühne die Möglichkeit, unter anderem durch das Erzählen der eigenen Geschichte im sozialpolitischen Diskurs gehört und ernst genommen zu werden.

Das Theaterstück als Endprodukt ist nicht der einzig wichtige Aspekt des Projekts. Besonders entscheidend ist der Prozess der gemeinsamen Erarbeitung, der von einer intensiven Gruppendynamik und individuellen Entwicklungen geprägt ist. Angeregt durch die künstlerische Leitung von Ahmed Shah entfalten die Teilnehmer_innen mit viel Spontaneität und Energie selbst das ästhetisch-künstlerische Material: So entstehen aus ihrem Inneren Szenen, Diskussionen, Erzählungen und auch Auseinandersetzungen. Die kritische Reflexion der eigenen und der deutschen Identitäten spielt dabei eine wesentliche Rolle. Ein Behördengang in das Berliner *Landesamt für Gesundheit und Soziales* (LAGeSo) etwa wird künstlerisch nachbereitet, indem die passive Rolle des machtlosen Opfers zugespitzt wird und zukünftige Alternativhandlungen gemeinsam überlegt werden. Der *Club Al-Hakawati* mit seinem freien, geschützten, familiären Umfeld bildet somit eine sinnvolle Abwechslung zum

monotonen Heimaufenthalt. Hier können Geflüchtete Kraft schöpfen, um sich dem deutschen Asylsystem nicht hilflos ausgeliefert zu fühlen.

Genauso wie bei der künstlerischen Arbeit wird auch in der strukturellen Organisation darauf geachtet, dass alle sich auf Augenhöhe begegnen. Im Kernteam werden Verantwortungsbereiche je nach Kompetenzen von Geflüchteten und Nicht-Geflüchteten geteilt. Regelmäßige Diskussionen und ein geduldiger Umgang sind zentrale Bestandteile der Arbeit, gerade weil aufgrund von Sprach- und Privilegien-Differenzen durchaus Schwierigkeiten auftreten. Nach vielen intensiven gemeinsamen Erlebnissen hat die Gruppe ein starkes Gemeinschaftsgefühl entwickelt, das die Mitglieder dazu motiviert, an der gemeinsamen künstlerischen Praxis festzuhalten.

Der Projektvorgänger, das Pilotprogramm *Impulse*, war zunächst ein Freizeitangebot mit Theater, Tanz und Kunst für nicht schulpflichtige Geflüchtete über 18 Jahre im Erstaufnahmezentrum Motardstraße in Berlin-Spandau. Die Möglichkeit, ohne gemeinsame Sprache etwas zu gestalten und sich in einer vertrauten Gruppe auszudrücken, stieß auf Begeisterung und sollte ab Sommer 2013 als *Refugee Club Impulse* fortbestehen. Nach einem Eklat um nun ehemalige Mitglieder des RCI hat sich die Gruppe personell restrukturiert und arbeitet seit Sommer 2016 unter dem jetzigen Namen weiter an neuen Stücken. Die Arbeit des Clubs war gefährdet, als zwei Initiatorinnen bei der Al-Quds-Demonstration¹ in Berlin gefilmt wurden. Die Initiatorinnen, die nicht in die eigentliche Projektarbeit eingebunden gewesen waren, zogen sich daraufhin zurück. Dennoch fielen einige staatliche Förderer aus. Inzwischen findet der Club neue finanzielle Unterstützung, auch wegen der immer noch hohen und regelmäßigen Nachfrage in der Öffentlichkeit. Ein weiteres Stück wurde im Herbst 2016 uraufgeführt. Schnell hat sich in der gesamten Zeit von Berlin ausgehend ein bundesweites Unterstützungsnetzwerk aus Theatern, Festivals und Universitäten gebildet. Über potenzielle Unterstützer_innen wird innerhalb der Gruppe gesprochen und nach ihren Absichten gefragt. Sie haben schlechte Erfahrungen mit Künstler_innen gemacht, die mehr an einer Selbstinszenierung mithilfe der Geflüchteten als an einer authentischen Unterstützung des Projekts interessiert waren.

Eine schwere Aufgabe für die Organisator_innen stellt die Suche nach regelmäßigen Teilnehmer_innen dar. Denn die Geflüchteten müssen zunächst einmal über das Angebot informiert werden und danach motiviert sein, dabei zu bleiben. Für die Vermittlung sind Sozialarbeiter_innen in den Heimen als vertrautes Bindeglied von erheblicher Bedeutung. Bei gemeinsamen Treffen

1 | Al Quds, arab. Bezeichnung für Jerusalem. Der Al-Quds-Tag ist in der Islamischen Republik Iran ein gesetzlicher Feiertag. Am jährlich stattfindenden Al-Quds-Tag finden nicht nur in der Islamischen Republik Iran, sondern weltweit und damit auch im deutschsprachigen Raum Demonstrationen gegen den Staat Israel statt.

und Proben werden die Telefonnummern der Teilnehmer_innen gesammelt, um ihnen bei Nichterscheinen per Nachfrage zu signalisieren: »Du bist hier wichtig, wir brauchen dich.« Diese persönliche Bindung und die befreite Atmosphäre in der Gruppe motivieren Geflüchtete in der Regel zum Weitermachen. Es liegt insbesondere in der Verantwortung der sozialen und künstlerischen Leitung, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl so zu gestalten, dass sich jedes Mitglied eigenverantwortlich und selbstbestimmt einbringen kann. Das Anliegen, mehr Frauen für das Projekt zu gewinnen, möchte die Gruppe intensiver und konkreter angehen.

Die größte Herausforderung für das Projekt ist jedoch die bisher unzureichende finanzielle Ausstattung. Unregelmäßig werden einzelne Projekte durch staatliche Institutionen oder Projektfonds (z.B. *Kulturelle Bildung*) gefördert, doch ist die Gruppe auch zwischen den Projektlaufzeiten für wirksame Öffentlichkeitsarbeit sowie Vor- und Nachbereitung der Theaterstücke auf Gelder angewiesen. Die Gruppe wünscht sich eine Vereinsstruktur mit einer regelmäßigen Finanzierung von Personal- und laufenden Kosten, um die vielseitige und ermutigende Arbeit weiterführen zu können.

Eine weitere Schwierigkeit in der Zusammenarbeit mit staatlichen Förderern ergibt sich aus dem explizit politischen Selbstverständnis des *Club Al-Hakawati*. Hervorgegangen aus dem Protestlager am Oranienburger Platz in Berlin-Kreuzberg, ist der Widerstand gegen staatliche Bevormundung und Repression gegenüber Geflüchteten ein zentraler Grundsatz des Projektes. So ist beispielsweise die Teilnahme eines Geflüchteten ohne Aufenthaltstitel am Theaterprojekt möglich; eine Bezahlung dieser Person ist dann jedoch ebenfalls ausgeschlossen.

Fest steht, dass der selbstorganisierte und partizipative Ansatz des Projektes einen großen Mehrwert für Geflüchtete selbst und auch die Zuschauer_innen der Aufführungen mit sich bringt. Er bietet Raum für die Erfahrungen und Emotionen derjenigen, deren Stimmen oft kein Gehör geschenkt wird. Auf diese Weise werden Lernprozesse bei allen Beteiligten angestoßen und politische Realitäten infrage gestellt.

Literatur

Flüchtlingsrat Brandenburg (2015): Info-Heft Flucht und Asyl in Brandenburg. www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/12/FluechtlingsratBrandb-HeftA5-web.pdf. Zugriff: 21.11.2016.

Terre des Femmes (2016): Besonders schutzbedürftig: Frauen auf der Flucht. <http://frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/aktuelles-zu-frauenrechten-allgemein/1905-besonders-schutzbeduerftig-frauen-auf-der-flucht>. Zugriff: 21.11.2016.